6. Beschluss des Grossen Rates über die Eigentümerstrategie des Kantons Thurgau für die thurmed AG (20/BS 7/73)

Eintreten

Präsident: Der Grosse Rat hat gemäss § 47 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates die Eigentümerstrategie für die thurmed AG zur Kenntnis zu nehmen. Der Regierungsrat hat der Eigentümerstrategie am 12. November 2019 zugestimmt.

Den Kommissionsbericht zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Das Wort hat zuerst der Kommissionspräsident, Kantonsrat Dominik Diezi, für seine einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsident **Diezi**, CVP/EVP: Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) hat sich eingehend mit der revidierten Eigentümerstrategie der thurmed AG befasst. Sie hat dazu nicht nur den zuständigen Regierungsrat angehört, sondern auch Hearings mit dem Präsidenten des Vereins Apotheken Thurgau, dem Präsidenten der Ärztesgesellschaft Thurgau und dem Präsidenten des Verwaltungsrates der thurmed AG durchgeführt. Diese waren nicht nur für die Beurteilung der Eigentümerstrategie der thurmed AG sehr aufschlussreich. Mit der revidierten Eigentümerstrategie wird diejenige aus dem Jahr 2010 behutsam weiterentwickelt. Eine Revolution ist damit nicht verbunden und aus Sicht der GFK auch nicht nötig. Die Eigentümerstrategie aus dem Jahr 2010 hat sich grundsätzlich bewährt. Die thurmed AG und deren Tochtergesellschaften sollen weiterhin grösstmögliche unternehmerische Freiheit geniessen. Mit diesem Ansatz ist der Kanton Thurgau in den letzten rund 20 Jahren gut gefahren. Während andere Kantone ihre stationären Spitalbereiche mit immer neuen Finanzspritzen alimentieren müssen, liefert die thurmed AG zuverlässig Dividendenzahlungen in die Staatskasse ab. In Übereinstimmung mit dem Regierungsrat ist festzustellen, dass die thurmed AG mit der überarbeiteten Eigentümerstrategie mit aktualisierten strategischen Zielen eine gute Grundlage erhält, um eine detaillierte Unternehmensstrategie ausarbeiten zu können. Im Übrigen verweise ich auf unseren schriftlichen Bericht. Im Vorfeld der heutigen Ratsdebatte hat die verspätete Weiterleitung der revidierten Eigentümerstrategie an den Grossen Rat für Diskussionen gesorgt. In diesem Zusammenhang ist der ehemals zuständige alt Regierungsrat Dr. Jakob Stark auf mich zugekommen und hat auf den Regierungsratsbeschluss Nr. 878 vom 12. September 2019 hingewiesen, wonach die Eigentümerstrategie dem Grossen Rat gleichzeitig mit der Publikation des Geschäftsberichts 2019 der thurmed AG zur Kenntnis gebracht werden sollte, damit die GFK an ihrer sogenannten Spitalsitzung im Jahre 2020 gleichzeitig den Geschäftsbericht 2019 der thurmed AG und die Eigentümerstrategie für die thurmed AG hätte behandeln können. Die Publikation des Geschäftsberichts 2019 der thurmed AG war für den 13. Mai 2020 vorgese-

hen. Zum weiteren Verlauf hielt alt Regierungsrat Dr. Jakob Stark fest, dass es sich seiner Kenntnis entzieht, weshalb der Versand der revidierten Eigentümerstrategie nicht wie beschlossen im Mai 2020 erfolgte, sondern sich um Monate verzögerte. Vermutlich habe dies mit den ausserordentlichen Aktivitäten rund um die Covid19-Krise zu tun, wobei dies weder die Verwaltung noch ihn selber, der im Mai 2020 noch zuständiger Regierungsrat war, von der Verantwortung entlasten solle. Warum die Weiterleitung an den Grossen Rat im Mai 2020 unterblieb, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Sie dürfte dem Wechsel im Departementsvorstand und den anspruchsvollen Zeiten geschuldet sein. Aber im Zentrum der heutigen Debatte soll nun die revidierte Eigentümerstrategie stehen, die den Grossen Rat getreu dem Motto "lieber spät, als nie" doch noch erreicht hat. Das Eintreten war in der GFK unbestritten. Die GFK empfiehlt, von der Eigentümerstrategie Kenntnis zu nehmen.

Steiger Eggli, SP: Vor 22 Jahren hat der Grosse Rat die Umwandlung der Spitäler in eine privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft mit 109:4 Stimmen beschlossen. Die Spital Thurgau AG wurde Ende 1999 gegründet, um den Betrieb der beiden Kantonsspitäler zu übernehmen. 2008 wurde als Holdinggesellschaft die thurmed AG dazwischen gestellt. Der Kanton besitzt 100% der Aktien der thurmed AG. Ich habe mir gedacht, ich wiederhole das einmal, um den Nebel ein wenig zu lichten. Die GFK hatte sich zunächst an ihrer Sitzung vom 9. Dezember 2020 mit der Eigentümerstrategie der thurmed AG beschäftigt, das Geschäft dann aber auf die Sitzung im Februar 2021 verschoben, da die Interpellation "Thurmed: Eine Milliarde im Nebel" noch nicht behandelt worden war. Gleichzeitig wurde dem Wunsch nach mehr Transparenz insofern nachgelebt, als dass man nebst den Vertretern der Geschäftsleitung der Spital Thurgau AG auch Vertreter aus dem Bereich des Gesundheitswesens zu einem Hearing einlud, um sich ein besseres Bild der allgemeinen Situation machen zu können. Die SP-Fraktion nimmt die Eigentümerstrategie mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis. Auch die GFK ist mit den dargelegten strategischen und organisatorischen Vorgaben der thurmed AG und deren Tochtergesellschaften grundsätzlich einverstanden. Eine spezielle Subkommission der GFK wird sich unter anderem mit der Oberaufsicht über die privatrechtlich organisierte thurmed AG und deren Tochtergesellschaften befassen. Dabei darf der Umstand, dass die thurmed AG eine privatrechtliche Aktiengesellschaft nach schweizerischem Obligationenrecht (OR) ist, nicht ausser Acht gelassen werden. Aber ebenso darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die thurmed AG zur Hauptsache öffentliche Aufgaben wahrnimmt. Diese spezielle Subkommission wird morgen zum ersten Mal zusammenkommen.

Leuthold, GLP: Die GLP-Fraktion nimmt die Eigentümerstrategie der thurmed AG mit mässiger Begeisterung zur Kenntnis. Gerne gehen wir davon aus, dass in vier Jahren eine überarbeitete Version dieser Strategie vorliegen wird - so, wie es bei der Thurgauer

Kantonalbank (TKB) bereits üblich ist. Nüchtern betrachtet ist auch das Gesundheitswesen im Grunde ein Markt wie jeder andere und funktioniert nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage. Aus liberaler Sicht macht es deshalb Sinn, dass die thurmed AG bei ihrer Tätigkeit grösstmögliche unternehmerische Freiheiten erhält. Allerdings sind die Spiesse nicht für alle Marktteilnehmer gleich lang. Auch Apotheken und Hausarztpraxen bewegen sich in diesem Markt und sind dem freien Wettbewerb ohne schützende staatliche Hand ausgesetzt. Als grösster Player im Gesundheitswesen muss die thurmed AG ihre unternehmerische Freiheit daher dosiert ausüben und als faire Teilnehmerin im kantonalen Markt auftreten. Dies schliesst den Verzicht auf unnötige, branchenfremde oder konkurrierende Expansion mit ein. Zudem ist es wichtig, dass zwischen den anderen Partnern in der Branche ein enger Austausch stattfindet. Das im Interesse und zum Wohle aller Beteiligten, natürlich auch der Bevölkerung. Das Stichwort dazu: der immer wieder genannte, lange ersehnte "runde Tisch" im Gesundheitswesen. Es wurde bereits mehrmals auf die lange Amtsdauer der aktuellen Kontrollstelle hingewiesen. Im Interesse der Qualitätssicherung erachtet es die GLP-Fraktion als zwingend notwendig, diesen Missstand zeitnah zu beheben. Nach über 20 Jahren ist es Zeit für einen Wechsel. Die thurmed AG hat einen einzigen Aktionär, den Kanton Thurgau, der wiederum durch eine einzige Person vertreten ist, nämlich den Chef oder die Chefin des Departementes für Finanzen und Soziales (DFS). Regierungsrat Urs Martin alleine hat die Kontrolle über 13 Millionen Franken Aktienkapital und 165 Millionen Franken Eigenkapital der thurmed AG. Das ist ein gerütteltes Mass an Verantwortung, das sich auf ein einziges Individuum konzentriert. Ich hoffe, er ist sich dessen bewusst. Zur thurmed AG gehören je nach Lesart sieben, fünfzehn oder sechzehn Firmen, wobei der langjährige Fokus in der GFK auf der Geschäftstätigkeit der Spital Thurgau AG liegt. Diese macht den Hauptanteil des Gruppen-Umsatzes aus. Als Mitglied der GFK würde ich es begrüessen, auch zu den anderen Geschäftsfeldern der thurmed AG detailliertere Informationen zu erhalten, als dies bisher der Fall war. Dies im Sinne der Transparenz, aber auch als Zeichen von Vertrauen und der Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit. Auch das Parlament ist Teil des Thurgauer Gesundheitssystems. Wir möchten unsere Verantwortung wahrnehmen und einen Beitrag zu dessen Verbesserung leisten.

Rüedi, FDP: Ich fasse meine Ausführungen zur Interpellation "Thurmed: Eine Milliarde im Nebel" und zur Eigentümerstrategie des Kantons Thurgau für die thurmed AG zusammen. Ich möchte versuchen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der thurmed Gruppe darzulegen und zu analysieren. Meine Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielleicht habe ich auch etwas übersehen. Ich möchte vorausschicken, dass die Aktiengesellschaft das richtige Rechtskleid zur Ausübung der Geschäftstätigkeit der thurmed Gruppe ist. Das haben die letzten rund 22 Jahre und die erfolgreiche Tätigkeit der thurmed AG gezeigt. Zuweilen wird auch von einer Thurgauer Erfolgsgeschichte gesprochen, die von anderen Kantonen mit etwas Neid betrachtet und

kopiert wird. Die Interpellanten beklagen eine mangelnde Transparenz. Zunächst müsste man sich allerdings die Frage stellen, ob überhaupt ein Anspruch auf Transparenz besteht. Darf der Grosse Rat überhaupt fordern, dass sich der thurmed-Nebel auflöst? Ich habe in den rechtlichen Rahmenbedingungen nichts gefunden, das eine solche Forderung stützen würde. Kantonsrat Peter Bühler hat keinen Anspruch auf Transparenz beziehungsweise darauf, dass sich der Umstand ändert, dass er weiss, dass er eben nichts weiss. Welches sind die rechtlichen Rahmenbedingungen der Tätigkeit der thurmed AG? Den Anfang bildete der Beschluss des Grossen Rates vor rund 22 Jahren, Spitäler aus der Zentralverwaltung auszugliedern und sie in eine Aktiengesellschaft zu überführen. Der Regierungsrat sieht die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der thurmed Gruppe in § 27 und § 28 des kantonalen Gesetzes über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz), sowie in § 47 Abs. 1 Ziff. 8 des kantonalen Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (Finanzhaushaltsgesetz). Das kann man im Kommissionsbericht nachlesen. In § 27 des Gesundheitsgesetzes werden die Spital Thurgau AG und die thurmed AG namentlich genannt und verankert. Es wird erwähnt, dass die Spital Thurgau AG den Verbund der Kantonalen Krankenanstalten betreibt. Diese hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft des Obligationenrechts und ist eine Tochtergesellschaft der thurmed AG. Würden Aktien der thurmed AG und der Spital Thurgau AG an Dritte übertragen, müsste der Grosse Rat zustimmen. Dies ist - soweit für mich ersichtlich - der einzige Fall, in dem der Grosse Rat bei der thurmed-Gruppe eine Mitbestimmungsmöglichkeit hat. Gemäss § 27 Abs. 3 des Gesundheitsgesetzes wird das Aktienkapital des Kantons nämlich durch den Regierungsrat vertreten. Die Rechtsbeziehungen zwischen der thurmed AG und Dritten, das heisst Patientinnen und so weiter, richten sich nach dem Privatrecht. Die Dienstverhältnisse werden auf der Grundlage von Kollektivverträgen geregelt. In § 28 des Gesundheitsgesetzes steht geschrieben, dass der Regierungsrat Organisation und Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens regelt, soweit der Kanton sie selbst betreibt. Zumindest nach meinem Verständnis kann damit nicht die thurmed AG gemeint sein, weil der Kanton diese Institution eben nicht selbst betreibt, sondern zu diesem Zweck mehrere Aktiengesellschaften gegründet worden sind. Gemäss § 47 Abs. 1 Ziff. 8 des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes ist der Regierungsrat zuständig für den Erlass von Eigentümerstrategien bei den massgebenden Beteiligungen oder bei den vom Kanton beherrschten Institutionen. Er ist also zuständig für den Erlass der Eigentümerstrategie der thurmed-Gruppe, und wir nehmen diese Eigentümerstrategie heute zur Kenntnis. Allerdings, und da werden wohl keine Differenzen mit dem Regierungsrat bestehen, ist eine Eigentümerstrategie keine gesetzliche Grundlage für eine staatliche Tätigkeit. Wenn wir das 4-Kreise-Modell der Autoren Schedler, Müller und Sonderegger zu Rate ziehen und uns fragen, wo die thurmed AG in der Gruppe der Unternehmen mit einer Mehrheitsbeteiligung des Kantons Thurgau steht, ist die thurmed AG eigentlich am ehesten vergleichbar mit der EKT AG, ehemals Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau. Ein Vergleich mit der TKB ist meines Erachtens untauglich. Zum einen

ist diese börsenkotiert und aufgrund des Börsengesetzes gelten dort sehr viele Publizitätsvorschriften. Zum anderen fusst die Gründung der TKB auf einem Gesetz, das vor 150 Jahren erlassen wurde. Also zu einer Zeit, als man die Gesetze noch von Hand und den Grossen Rat nicht mit "t", sondern mit "th" geschrieben hat. Mit der TKB lässt sich die thurmed-Gruppe also nicht vergleichen. Zur EKT AG lässt sich eher eine Parallele ziehen. Beide sind privatrechtliche Aktiengesellschaften des Obligationenrechts, an denen der Kanton Thurgau 100% der Aktien hält. Zum EKT gibt es ein formelles Gesetz, das Gesetz über das Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau (EKT-Gesetz). Dieses umfasst zwar nur neun Paragraphen, aber immerhin gibt es eines. Immerhin kann man in § 1 Abs. 2 des EKT-Gesetzes nachlesen, was die Öffentlichkeit seitens EKT erwartet, dass nämlich das EKT in erster Linie durch die Versorgung von Endverteilern zu einer sicheren Elektrizitätsversorgung beiträgt. Was die Öffentlichkeit von der thurmed AG erwartet und welche öffentlichen Aufgaben an die thurmed AG delegiert wurden und von ihr wahrgenommen werden müssen, ist in keinem Erlass formuliert. Ein gesetzgeberischer Lichtblick findet sich vielleicht noch in § 3 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesundheitsgesetzes. Darin wird festgehalten, dass der Kanton für die Sicherstellung der stationären Gesundheitsversorgung einschliesslich des Rettungswesens zuständig ist, soweit nicht die Gemeinden oder Dritte zuständig sind. Das Gesundheitsgesetz nimmt somit eine Triage vor: Einerseits gibt es eine stationäre Gesundheitsversorgung, für die der Kanton zuständig ist. Diese Aufgabe hat der Kanton an die thurmed AG übertragen. Und andererseits gibt es die ambulante Gesundheitsversorgung, die grundsätzlich der privaten Ärzteschaft überlassen ist. Es ist mir bewusst, dass sich die Grenze zwischen ambulanter und stationärer Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren verschoben hat. Im Zeitalter der Fallpauschalen wird der stationäre Bereich auf ein Minimum reduziert. Das heisst, die Patientinnen und Patienten werden möglichst schnell wieder aus den Spitälern entlassen. Trotzdem ist das nun einmal so im Gesundheitsgesetz festgehalten und der Kanton hat meines Erachtens keinen gesetzlichen Auftrag für eine ambulante Gesundheitsversorgung. Was steht diesbezüglich in der Eigentümerstrategie des Kantons Thurgau für die thurmed AG? In der Eigentümerstrategie werden zwei Bereiche der ambulanten Gesundheitsversorgung unterschieden: die Hausärzte und die Spezialärzte. Im Bereich der Hausärzte möchte die thurmed AG nur subsidiär tätig werden, beispielsweise im Falle einer medizinischen Unterversorgung. Dies wurde etwa als Grund für den Erwerb einer Hausarztpraxis in Stein am Rhein durch die thurmed AG angegeben. Das klingt jetzt etwas boshaft: Mit ein Grund für die Zurückhaltung dürfte aber der Umstand sein, dass das Einkommen der Hausärztinnen und Hausärzte überschaubar ist und dieses Geschäftsfeld nicht als sehr lukrativ gilt. Gesetzgeberisch könnte man diese Subsidiarität im Falle einer medizinischen Unterversorgung sicherlich so lösen und es fänden sich dafür möglicherweise auch Mehrheiten. Freuen über eine solche Lösung würden sich sicherlich die Gemeinden, da sie dann auf die Zuständigkeit des Kantons verweisen könnten, wenn die letzte Hausärztin oder der letzte Hausarzt in ihrer Gemeinde ihre oder seine

Praxis schliesst. Die Gemeinden wären dann nicht mehr in der Pflicht. Im Bereich der Spezialärzte bleibt die Eigentümerstrategie unverbindlich und weder die thurmed AG noch der Regierungsrat möchte sich in die Karten blicken lassen. Weshalb das so ist, kann ich auch hier etwas boshaft beantworten: Weil Spezialärzte, wenn sie zahlreiche chirurgische Eingriffe vornehmen, besser verdienen als die Allgemeinmediziner und man diesen attraktiven Markt nicht kampflös preisgeben möchte. Ich habe in diesem Zusammenhang auch schon den Ausdruck der "Rosinenpickerei" vernommen. Diese Situation ist aus Sicht der privaten Ärzteschaft nicht ganz zufriedenstellend. Ein fiktives Beispiel: Nehmen wir an, ich wäre Facharzt für Radiologie und möchte in einer Stadt des Kantons Thurgau ein privates radiologisches Institut eröffnen. Aufgrund der teuren, dazu benötigten Maschinen und Apparate wäre dies mit beträchtlichen Investitionen verbunden. Ich müsste mir diesen Schritt und dieses unternehmerische Risiko sehr gut überlegen, weil ich keine Gewähr dafür hätte, dass die thurmed AG kurz nach der Eröffnung meiner Praxis auf der gegenüberliegenden Strassenseite nicht auch ein radiologisches Zentrum eröffnen würde. Hierin liegt meines Erachtens das Gesamtproblem der gegenwärtigen Situation: Wir haben einen Markt, das Gesundheitswesen, und dieses ist wahrlich kein kleiner Markt. Es fliesst darin sehr viel Geld. Die Spielregeln für diesen Markt sind allerdings nicht definiert oder sie werden nicht eingehalten. Wenn man § 3 des Gesundheitsgesetzes als Spielregel für diesen Markt betrachten würde, dann dürfte die thurmed AG keine ambulante Gesundheitsversorgung betreiben. Zum Teil tut sie dies aber. Sicher nicht schwerpunktmässig, aber auch nicht völlig untergeordnet. Kantonsrat Vico Zahnd hat recht. Es würde eine Einschränkung der operativen Freiheiten des Managements bedeuten, wenn man gesetzlich definieren würde, in welchen Bereichen der Gesundheitsversorgung die thurmed AG tätig sein soll. Wenn der Kanton mit einem Gesundheitskonzern mit mehr als 3'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unternehmerisch tätig ist, wäre das ordnungspolitisch aber sicher richtig. Grundsätzlich herrscht in der FDP-Fraktion immer noch die Überzeugung vor, dass der Staat nicht Leistungen erbringen soll, welche von Privaten in guter Qualität und in ausreichendem Masse angeboten werden. In der Eigentümerstrategie findet man nicht immer Antworten auf solche Fragen, da verschiedene Ziele verfolgt werden. Einerseits besteht das Ziel, eine gute Gesundheitsversorgung für die Öffentlichkeit sicherzustellen, andererseits soll dieses Ziel durch eine wirtschaftliche Tätigkeit verfolgt werden. Ich erlaube mir ein Beispiel: Der Gesundheitsminister wird einräumen, dass Wäschereien in den Kantonen Basel-Landschaft und Luzern keine Bedeutung für die Gesundheitsversorgung im Kanton Thurgau haben. Der Finanzminister wiederum freut sich, wenn die thurmed AG mit solchen Wäschereien Geld verdient, denn dann muss die thurmed AG möglicherweise etwas weniger mit Steuergeldern alimentiert werden oder er erhält dann vielleicht eine höhere Dividende. Heiligt der Zweck die Mittel? Das kann man sich sicherlich fragen und vielleicht auch mit Ja beantworten. Wie man heute gehört hat, sollte man nach Ansicht des Regierungsrates hier nichts unternehmen und die thurmed-Gruppe in Ruhe lassen. Soll die thurmed-Gruppe

weiterhin grösstmögliche unternehmerische Freiheit geniessen, weil man mit diesem Ansatz im Kanton Thurgau in den letzten rund 20 Jahren gut gefahren ist? Ich muss annehmen, dass der Regierungsrat diese Frage bejaht und die wirtschaftliche Effizienz der thurmed-Gruppe oberstes Gebot ist. Jedenfalls spüre ich keine Bereitschaft, an der gegenwärtigen Situation etwas zu ändern. Wir haben heute von Regierungsrat Urs Martin gehört, dass sich die Politik nicht einmischen soll. Man möchte offenbar weiterhin im Nebel navigieren und die Vorteile des Nebels nutzen. Meines Erachtens besteht in der aktuellen Rechtslage kein Anspruch des Grossen Rates auf Nebelscheinwerfer in Bezug auf die thurmed-Gruppe. Die FDP-Fraktion nimmt die Eigentümerstrategie zur Kenntnis. Etwas zu beschliessen haben wir heute nicht.

Bühler, CVP/EVP: Wir danken dem Regierungsrat für die Eigentümerstrategie, auch wenn es ein wenig ins Bild passt, dass diese bei der Amtsübergabe von Dr. Jakob Stark an seinen Nachfolger vergessen gegangen ist. Aber was macht ein Jahr Verspätung schon aus? Zu sagen hat der Grosse Rat ohnehin nichts. Diesen Eindruck erhält man zumindest, wenn man alle Notizen liest, die uns in diesem Zusammenhang zugestellt wurden. Der Grosse Rat kann heute kommentieren, analysieren, kritisieren, motivieren und dann einfach nur zur Kenntnis nehmen. Es passt daher ebenfalls ins Bild, dass in der gedruckten Ausgabe der Eigentümerstrategie, die ich erhalten habe, zwar stand "Anhang: Anforderungsprofil für die Mitglieder des Verwaltungsrates der thurmed AG", ein solcher dann aber nicht angehängt war. Dies sei am Rande vermerkt. Mit der Analyse und dem Bericht der GFK geht die CVP/EVP-Fraktion grossmehrheitlich einig. Betonen möchte ich selbstverständlich insbesondere den letzten Abschnitt dieses Berichtes, der explizit sagt: "Gleichwohl kann der Umstand nicht übersehen werden, dass die thurmed AG zumindest zur Hauptsache öffentliche Aufgaben wahrnimmt. Im Vordergrund der Überlegungen der GFK steht die Frage, wie zumindest ein verbesserter Informationsfluss Richtung Grossen Rat - verstanden als Gesamtgremium - ermöglicht werden könnte." Dies ist ein absolutes Muss. Die CVP/EVP-Fraktion wünscht sich und fordert an dieser Stelle nochmals explizit, dass der Rechnungslegungsstandard der thurmed AG und der Spital Thurgau AG angepasst wird und sich für eine bessere Transparenz im Minimum am Standard nach "Swiss GAAP FER" orientiert. Ich weiss, dass viele private Spitäler gar keine Transparenz leisten, aber sie sind eben privat. Die thurmed AG gehört dem Kanton Thurgau, und da haben wir andere Ansprüche. Als Oberaufsicht kann man nicht davon ausgehen, dass man immer eine so kompetente und gute operative Führung wie die heutige in Amt und Würden hat. Das ist ein ernstgemeintes Kompliment an die heutigen Entscheidungsträger. Wenn man in dieser riesigen Beteiligungskette unternehmerisch derart verzettelt und komplex aufgestellt ist, besteht die Gefahr, dass man, wenn in Zukunft die Führung wechselt, diese komplexe Unternehmensstruktur nicht mehr gleich gut im Griff hat. Nicht wenige Beispiele zeigen, dass sich das Kerngeschäft eines Unternehmens nach einem Führungswechsel plötzlich anders entwickelt und man

dann froh wäre, wenn man die den Unternehmensstrukturen innewohnenden Risiken bereits in der Vergangenheit besser gebündelt hätte. Weniger ist und wäre dann plötzlich mehr. Die CVP/EVP-Fraktion dankt für die Arbeit, welche die thurmed AG und ihre Verantwortungsträger für die Bevölkerung tätigen und freut sich, wenn der Rat in Zukunft etwas weniger als Bittsteller um Transparenz und etwas mehr Empfänger von "good news" angesehen würde.

Dransfeld, GP: Ein mittlerweile nicht mehr amtierender Regierungsrat hat uns vor nicht allzu langer Zeit beteuert, er könne das Amt eines Regierungsrates und jenes eines Ständerates nebeneinander ohne Abstriche ausüben, weshalb ihm auch beide Entschädigungen zustünden. Nun ist in der Zeit seines Doppelmandats möglicherweise doch etwas liegengeblieben, wie wir dem Bericht der GFK entnehmen. Nur ein unscheinbares Papier, könnte man meinen. Doch kein ganz unwichtiges Papier. Ein Papier, das im Grundsatz festhält, wie das Thurgauer Volk eine ziemlich grosse Unternehmung kontrolliert beziehungsweise wie das Verhältnis zu dieser Unternehmung aussieht. Es mag Zufall sein, dass gerade das Papier jener Firma liegengeblieben ist, die bisher wenig Interesse an der Information ihrer Eigentümer zeigte. Und es mag sein, dass erst das Einreichen unserer Interpellation "Thurmed: Eine Milliarde im Nebel" zur Entdeckung des Papiers beziehungsweise der Pendeuz führte. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass sich der Regierungsrat von jenen auf der Nase herumtanzen lässt, die er eigentlich beaufsichtigen sollte. Und man könnte zum Schluss kommen, dass wir, wenn es dabei bleibt, handeln müssen - auf parlamentarischem Weg, allenfalls auch auf dem Weg einer Volksabstimmung. Der GFK sei ein grosser Dank ausgesprochen. Sie hat sich ihre Aufgabe nicht leichtgemacht. Sie hat sie sehr ernst genommen, sie hat Gespräche mit der thurmed AG und unterschiedlichen Vertretern des Gesundheitswesens geführt, sie hat kritische Fragen gestellt und sie hat diplomatisch, aber doch verständlich darüber Bericht erstattet. Die GFK hat ihren Job gemacht. Es ist unbestritten, dass wir geltende Gesetze einhalten müssen. Kantonsrat Beat Rüedi hat dies sehr ausführlich und meines Erachtens sehr informativ erläutert. Es ist aber ebenso unbestritten, dass ein Parlament mehr tun muss, als nur bestehende Gesetze zu lesen. Wir haben bekanntermassen auch die Möglichkeit, Gesetze zu ändern. Es ist auch für die Grüne Fraktion unbestritten, dass die thurmed AG eine selbstständige Unternehmung ist, die als Aktiengesellschaft funktioniert. Es ist unbestritten, dass sie unternehmerisch handeln soll, und es ist auch unbestritten, dass sie dies in vielen Bereichen erfolgreich tut. Regierungsrat Urs Martin hat das ausgeführt. Es ist auch unbestritten, dass es eine gewisse Gratwanderung ist, wenn eine öffentliche Unternehmung in Konkurrenz zu privaten Anbietern stehen kann. Dieses Privileg haben nicht nur Spitäler. Wie Kantonsrätin Kristiane Vietze in der Diskussion zur Interpellation "Thurmed: Eine Milliarde im Nebel" richtig gesagt hat, ist die entscheidende Frage, wie viel unternehmerische Freiheit man einem Unternehmen im öffentlichen Besitz einräumen möchte. Das festzuschreiben, ist die anspruchsvolle Aufgabe, die sich bei

der Eigentümerstrategie stellt. Auch die Grüne Fraktion nimmt die Eigentümerstrategie mit mässiger Begeisterung zur Kenntnis und kommt auf einzelne Teilpunkte gegebenenfalls noch zu sprechen.

Frischknecht, EDU: Der Regierungsrat hatte 2010 letztmals eine Eigentümerstrategie für die thurmed AG formuliert. Nach elf Jahren und dem Wechsel des Verwaltungsratspräsidenten vor zwei Jahren ist es nun an der Zeit, die strategischen Ziele zu aktualisieren, um für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein. Die Eigentümerstrategie wurde noch mit dem Vorgänger des heutigen Departementschefs des DFS und dem Verwaltungsrat der thurmed AG realisiert und zuhänden des Regierungsrates verabschiedet. Leider blieb sie aufgrund von Kommunikationsmängeln liegen und konnte somit auch nicht zur Kenntnis genommen werden. Dies wird nun hiermit nachgeholt. Welches sind die augenscheinlichen Neuerungen gegenüber der alten Eigentümerstrategie? Neu werden wirtschaftliche Ziele definiert, mit denen der Regierungsrat eine Ausgewogenheit zwischen Wirtschaftlichkeit und übergeordnetem politischem Interesse anstrebt. Auch soll neu eine interne Revisionsstelle installiert werden, welche direkt dem Verwaltungsrat unterstellt ist. Zudem sollen die Kantonsbauten den Bereichen Energie und Denkmalschutz mehr Rechnung tragen. Ausserdem wurden genauere Kriterien für das öffentliche Beschaffungswesen festgelegt. Die EDU-Fraktion begrüsst die zusätzlichen Festlegungen in der strategischen Ausrichtung der thurmed AG. Wir sind für Eintreten und nehmen die Eigentümerstrategie zur Kenntnis.

Vico Zahnd, SVP: Die SVP-Fraktion nimmt die Eigentümerstrategie zwar verspätet, aber wohlwollend zur Kenntnis und ist für Eintreten. Nach der intensiven Diskussion der Interpellation "Thurmed: Eine Milliarde im Nebel" bin ich erstaunt, dass hier nochmals eine solche Diskussion stattfindet. Vor allem im Hinblick auf den Umstand, dass wir die Eigentümerstrategie nur zur Kenntnis nehmen können. Die Ausführungen von Kantonsrat Beat Rüedi haben mich aber doch nochmals aus dem Busch gelockt. Ich bin zwar kein Jurist, sondern komme aus der Baubranche. Nach einer GFK-Sitzung haben wir aber bereits eine intensive Diskussion über den rechtlichen Hintergrund der thurmed AG geführt. Ich möchte hier nochmals präzisieren: 1999 wurde kein Beschluss, sondern das damalige Gesetz über den Verbund der kantonalen Krankenanstalten verabschiedet. Dieses Gesetz unterstand natürlich dem Referendum. Somit hätte das Volk damals darüber abstimmen können, ob es eine Aktiengesellschaft will oder nicht. Das Gesetz über den Verbund der kantonalen Krankenanstalten wurde 2012 aufgelöst und in das Gesetz über das Gesundheitswesen und in das Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates integriert. Die SVP-Fraktion begrüsst diese schlanke Lösung, weil sie momentan auch gut funktioniert. Ein neues Gesetz würde die SVP-Fraktion aus liberalen Gründen selbstverständlich ablehnen. Es wurde mehrmals gesagt, dass hier eine Diskrepanz zwischen öffentlichen und privaten Anbietern herrsche. Ich möchte nochmals betonen, dass die

thurmed AG und die Spital Thurgau AG privatrechtliche Aktiengesellschaften sind, die dem OR unterstehen. Dabei spielt es grundsätzlich keine Rolle, wer der Eigentümer ist. Wenn diese Aktiengesellschaften Zusatzleistungen anbieten wollen, braucht es dafür keine gesetzliche Grundlage, da sie privatrechtlich sind. Falls aber die Politik und der Grosse Rat die Tätigkeitsfelder dieser Firmen einschränken möchten, braucht es eine Gesetzesänderung. Dann können wir die Tätigkeitsfelder dieser Firmen per Gesetz einschränken. Dies würde die SVP-Fraktion aber ebenfalls ablehnen. Wie ich bereits in der Diskussion der Interpellation gesagt habe, ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass die momentane Situation und der Umstand, dass die thurmed AG gut dasteht, hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass sich die Politik eben nicht einmischt.

Regierungsrat **Martin**: Ich möchte mich zunächst im Namen des Regierungsrates dafür entschuldigen, dass die Eigentümerstrategie dem Grossen Rat zu spät zugeleitet wurde. Das ist unschön und wird nicht mehr vorkommen. Es freut mich, dass die Ratsmitglieder gedenken, die Eigentümerstrategie zur Kenntnis zu nehmen. Auf die Details werden wir noch zu sprechen kommen. Ich danke Kantonsrat Beat Rüedi für seine interessanten Ausführungen, denen ich mit Interesse gefolgt bin. Seinen Ausführungen konnte entnommen werden, dass die Sache im Detail nicht einfach ist, beispielsweise im ambulanten Tätigkeitsfeld. Wenn man in einem der beiden Kantonsspitäler auf die Notfallstation kommt, aber nicht im Spital übernachtet, gilt das als ambulanter Aufenthalt, der nach "TARMED", dem Tarif für ambulante ärztliche Leistungen in der Schweiz, abgerechnet wird. Wir sind uns hier im Saal wahrscheinlich einig, dass dies so sollte gemacht werden können. Wenn es aber um den Kauf einer Hausarztpraxis durch die thurmed AG geht, sind sich nicht mehr alle einig. Genau deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass der Teufel oftmals im Detail liegt und es nicht möglich ist, alles im Detail in einer Eigentümerstrategie festzuschreiben. Es geht in der Eigentümerstrategie um die wesentlichen Grundsätze, und es wird darin versucht, verschiedene Ziele wie Wirtschaftsziele, Versorgungs- und Qualitätsziele zu vereinen. Zwei Punkte, die ich bei der Interpellation vergessen habe, möchte ich hier noch nachtragen: Ich habe die Voten nach einer Verschärfung der Rechnungslegung gehört. Ich nehme diese mit und werde sie auch mit dem Verwaltungsrat diskutieren. Falls seitens der Interpellanten das Bedürfnis besteht, mit mir ein Gespräch zu führen, stehe ich selbstverständlich dafür zur Verfügung.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist **unbestritten** und somit **beschlossen.**

Detailberatung

Präambel

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 1 Strategische Ziele

Bühler, CVP/EVP: Ich spreche zum gesamten Kapitel 1. Nach Ansicht der CVP/EVP-Fraktion sollte im Kapitel 1.2 unbedingt mit einer fixen und nachvollziehbaren Zahl angegeben werden, wie hoch die Reserven sein sollten. Diese könnte mit einer festen Zahl oder einer Verhältniszahl, beispielsweise einer Prozentzahl, ausgedrückt werden. Lediglich von einer angemessenen Reserve zu schreiben, genügt als Definition nicht. Die gleiche Deutlichkeit wünschen wir uns auch im Kapitel 1.5 bezüglich der variablen Vergütungen. Dort heisst es, dass diese im Verhältnis zu den festen Gehältern relativ gering zu halten seien. Wir fragen uns, was "relativ gering" heisst. Sind das 5%, 10%, 50% oder ein Jahreslohn? Jede Person versteht darunter etwas Anderes. Um Klarheit zu schaffen, sollte man hier deutlicher sein.

Regierungsrat **Martin**: Ich kann die Einwände von Kantonsrat Peter Bühler betreffend die Reserven und dem Verhältnis von fixen und variablen Löhnen nachvollziehen. Das Problem liegt hier in der Flughöhe einer Eigentümerstrategie, in der Dauer, auf die sie ausgelegt ist und in der Dynamik, in der sich der gesamte Spitalmarkt befindet. Vor zehn Jahren waren im Spitalmarkt andere Margen möglich als heute. Der Wettbewerb hat sich akzentuiert. Wenn man solche Dinge jetzt hier festschreibt, riskiert man, in vier Jahren bereits eine völlig veraltete Eigentümerstrategie zu haben und diese laufend revidieren zu müssen. Wichtig ist es, die Grundsätze festzuschreiben, dass wir angemessene Reserven möchten und zur Hauptsache auf eine fixe Entlohnung und zur Minderheit auf eine variable Entlohnung abstellen müssen. Die Löhne bei der Ärzteschaft sind in der Tendenz in den letzten Jahren eher zurückgegangen und nicht gestiegen. Wenn man das hier in Franken festschreiben würde, wäre das eher kontraproduktiv und würde zur Zementierung eines alten Zustandes beitragen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Kapitel 1.1 Leistungsziele

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 1.2 Finanzielle Ziele

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 1.3 Gesundheitspolitische Ziele

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 1.4 Wirtschaftspolitische Ziele

Ammann, GLP: Ein Aspekt, der nach Ansicht der GLP-Fraktion in Kapitel 1.4 fehlt, ist das "Impact Investing", eine heutzutage schon fast notwendige Strategievorgabe des Eigentümers. Das ist ein Megatrend. Diesbezüglich fehlen jegliche Aussagen zur Lösung

und zum Umgang mit Ressourcen. Die GLP-Fraktion wäre froh, wenn dies hier allenfalls noch angepasst wird.

Dransfeld, GP: Ich habe beim Eintreten von einer gewissen Gratwanderung zwischen öffentlichem Auftrag und unternehmerischem Handeln gesprochen. Diese geht sehr gut aus dem Kapitel 1.4 hervor. So, wie dieses Kapitel formuliert ist, kann man alles oder nichts zulassen. Das ist keine Kritik an der Formulierung. Es macht keinen Sinn, hier zu versuchen, im Detail zu klären, was erlaubt sein soll und was nicht. Wichtig erscheint mir der letzte Satz im ersten Absatz. Dort heisst es: "Die Ausdehnung der Aufgaben bedarf der Zustimmung des Regierungsrates." Unser Regierungsrat ist gewählt, um in Ermessensfragen Entscheidungen zu fällen. Das soll er tun. Er hat offenbar entschieden, dass die Führung einer Wäscherei für die gehobene Gastronomie zu den Aufgaben dazugehören soll. Die Grüne Fraktion nimmt das zur Kenntnis. Wenn der Regierungsrat sich auch weiterhin konsequent zur Ausdehnung der Tätigkeiten äussert, dürfte dem öffentlichen Auftrag genüge getan sein.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Kapitel 1.5 Personalpolitische Ziele

Wohlfender, SP: Ich attestiere Marc Kohler, dem CEO der Spital Thurgau AG, dass er die letzten Jahre wirklich einen sehr guten Job gemacht hat. Er hat die Veränderungen in der Spitalfinanzierung frühzeitig erkannt und die notwendigen Umstellungen gekonnt vorangetrieben. Ja, er ist ein absoluter Macher und hat die Spital Thurgau AG zu dem gemacht, was sie heute ist, nämlich ein solides Unternehmen. Als Vertreterin des Personals vermissem ich eine Würdigung des Personals auf allen Ebenen. Nebst CEO Marc Kohler gibt es tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jeden Tag ihr Bestes geben und aufgrund der Belastungen am Krankenbett manchmal physisch an ihre Grenzen stossen. Sie alle sind bei der thurmed AG angestellt. Ich vermissem in der Eigentümerstrategie eine Präambel zur Haltung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zum Wert derselben und eine Aussage dazu, dass der Regierungsrat am Gesamtarbeitsvertrag festhalten will, und dass das Commitment zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine gelungene Sache ist, die in den letzten 15 Jahren sehr zum Wohl und zur Entwicklung der Spital Thurgau AG beigetragen hat. Auch in dieser Angelegenheit könnte die Eigentümerstrategie der Thurgauer Kantonalbank als Vorbild beigezogen werden.

Regierungsrat **Martin:** Ich danke Kantonsrätin Edith Wohlfender für ihr beherztes Votum zugunsten des Personals. Sie hat gehört, was ich bei der Behandlung der Interpellation über das Personal gesagt habe. Selbstverständlich ist das so. Man muss aber der Führung auch attestieren, dass sie keinen schlechten Umgang mit dem Personal hat. Denn wenn dem so wäre, hätte sie im hart umkämpften Markt in der Pflege und anderen Be-

rufsfeldern nicht genügend Ressourcen. Selbstverständlich sage ich aber an dieser Stelle noch einmal ganz klar: Wir haben hervorragendes Personal im Kanton Thurgau. Das gilt es, auch sehr wertzuschätzen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Kapitel 2 Organisatorische Vorgaben

Kapitel 2.1 Aktionariat

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2.2 Generalversammlung

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2.3 Verwaltungsrat

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2.4 Externe und interne Revision, Finanzkontrolle

Dransfeld, GP: Das Kapitel 2.4 ist der richtige Ort, um festzuhalten, was bereits mehrmals diskutiert und angesprochen wurde: den Wunsch nach einem gelegentlichen Wechsel in der Finanzkontrolle. Hier wäre das festzuschreiben.

Regierungsrat **Martin**: Ich gehe davon aus, dass Kantonsrat Peter Dransfeld nicht von einem Wechsel in der Finanzkontrolle, sondern von einem Wechsel in der Revision sprechen wollte.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Kapitel 2.5 Immobilien

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2.6 Öffentliches Beschaffungswesen

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2.7 Berichterstattung

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2.8 Information des Grossen Rates

Diskussion - **nicht benützt.**

Beschlussfassung

Dem Beschlussesentwurf über die Eigentümerstrategie des Kantons Thurgau für die thurmed AG wird mit 119:0 Stimmen zugestimmt.

Beschluss des Grossen Rates

über die

Eigentümerstrategie des Kantons Thurgau für die thurmed AG

vom 21. April 2021

Die Eigentümerstrategie des Kantons Thurgau für die thurmed AG vom 12. November 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates